

Gegen Corona geimpft!

Versuch der philosophischen Annäherung über Rechte und Pflichten

Endlich wird es deutlich. Die Kanzlerin hat der Diskussion neuen Nährboden gegeben, als sie in dieser Woche auf der Pressekonferenz zum Ausdruck brachte, dass es sich lohne auch darüber nachzudenken, ob zukünftig Geimpften mehr Rechte eingeräumt werden sollten, als jenen, die für sich das Recht im Anspruch nehmen, sich nicht impfen zu lassen. Die Privatwirtschaft, insbesondere die Kulturwirtschaft und Gastronomie haben den Zwischensatz der Kanzlerin mit offenen Ohren zur Kenntnis genommen.

Keiner wird das Normativ in Frage stellen: *Impfen wird nicht Pflicht und bleibt freiwillig*. Jeder Versuch, davon abzurücken, macht die Corona-Politik unglaubwürdig und würde die Menschen enttäuschen und sie in die Arme der Populisten treiben. Doch was heißt dieser Satz „Das Impfen ist und bleibt freiwillig“? Es ist davon auszugehen, dass derjenige, der dies für sich in Anspruch nimmt, eine Entscheidung getroffen hat – selbstbestimmt und eigenverantwortlich. Sie ist zu respektieren. Kein Dritter hat das Recht, sie anzuzweifeln oder sie über eine Hintertür zu manipulieren.

Es ist in Meinungen aus der Bevölkerung jedoch erkennbar, dass sich jene, die sich nicht impfen lassen wollen, über jene „Kanzlertür“ erpresst sehen und ihnen Möglichkeiten genommen werden, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Das Normativ würde dann heißen: Du darfst nur dann ins Kino oder ins Restaurant oder ..., wenn du nachweisen kannst, dass du dich hast gegen Corona impfen lassen. Abgesehen von der möglichen Prozedur, die hier nicht zur Debatte steht, bleibt die Frage: Wie ist das Entscheiden ethisch-moralisch zu bewerten?

Zurück zu Recht und Willen eigener souveräner Entscheidungen. Jede Entscheidung für etwas *ist immer* zugleich auch eine Entscheidung gegen etwas. Die Entscheidung für eine Impfung ist auch eine Entscheidung für die Akzeptanz möglicher temporärer Nebenwirkungen. Wir sollten alle wissen, dass jeder medizinischer Eingriff mit Folgen verbunden sein kann und das Recht und die Pflicht der Aufklärung besteht.

Jede Entscheidung gegen eine Impfung kann auch nicht schadlos sein. Das Corona-Risiko liegt wesentlich höher, sowohl als Empfänger als auch als Überträger. Wer sich dafür entscheidet, verdient den Respekt. Keiner hat das Recht, jene, die eine Impfung ablehnen, zu diffamieren oder gar an den Pranger zu stellen. Doch dieser Entscheidungsträger sollte aber auch wissen, dass diese Entscheidung nicht folgenlos ist. Wäre es nicht allzu fair gegenüber jenen, die sich für die Corona-Impfung entscheiden, wieder am vollen Alltagsleben teilhaben zu lassen? Wäre es nicht unfair gegenüber jenen, die sich für das Impfen entschieden haben, die gleichen Rechte des öffentlichen Lebens einzuräumen, obwohl sie als Nichtgeimpfte also Risikogruppe gelten? Wenn jene meinen, sie fühlen sich erpresst, wenn das Normativ gilt „Du darfst nur ..., wenn Du...“, so ist der subjektive Eindruck verständlich und nachvollziehbar. Ein Beziehungsperspektivwechsel kann jedoch manches erhellen.

Impfpflicht – nein! Uneingeschränkte Freiheiten im öffentlichen Leben, die die Freiheiten anderer gefährdet – wohl eher weniger, es sei denn, die Virologen wissen mehr über das Übertragungsgeschehen von Geimpften.

Bevor diese Debatte einen Entscheidungsentwurf für den gesellschaftlichen Umgang nachschiebt, bedarf es noch so mancher Bedingungen. Ist die Voraussetzung allgegenwärtig, dass jeder zu jeder Zeit die Möglichkeit einer Impfung hat, liegt es ausschließlich in der Entscheidung des einzelnen, ob das Impfangebot wahrgenommen wird oder nicht. Dieser Mensch trägt für diese Entscheidung alleinig Verantwortung, einschließlich für die Folgen.

Das Führen eines Autos bedarf eines Führerscheins. Wer schneller fährt als die Verkehrsregelung es erlaubt, muss mit einer Strafe rechnen. Jeder Angler braucht zum Angeln eine Berechtigung. Wer diese Bedingung missachtet, hat die Konsequenzen zu tragen. Wer eine Straftat begeht, muss mit einer Verurteilung rechnen. Keiner regt sich über diese Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens auf und hält sie für selbstverständlich.

Ob der aktuell in Gang gesetzte Diskurs ausschließlich ethisch-moralisch begründet ist, bleibt abzuwarten. Die Ethikkommission der Bundesregierung hat sich ebenfalls dieser Frage angenommen. Ich freue mich auf deren Position. Inwieweit sich das Ergebnis der philosophischen Diskussion in politisches Handeln niederschlagen wird, bleibt abzuwarten. Die Meinungen werden differenziert bleiben. Der Diskurs darüber wird jedenfalls zur öffentlichen Meinungsbildung beitragen.

Insofern auch meine Bitte an Sie Gleiches zu tun.